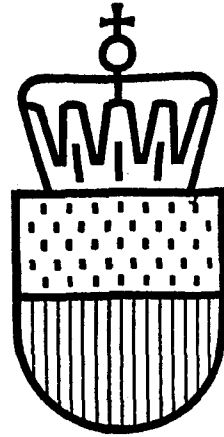


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich sfr 22.—; halbjährlich sfr 11.50; vierteljährlich sfr 6.—. Ausland jährlich sfr 42.—; halbjährlich sfr 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», 9490 Vaduz, Altenbachstr. 99, Telefon (075) 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», 9494 Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 13 Rp. 30 Rp.
Schweiz 16 Rp. 35 Rp.
Übriges Ausland 18 Rp. 40 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, 9001 St. Gallen, Tel. (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ - 9490 Vaduz, Samstag, 14. Januar 1967

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

101. Jahrgang - Nr. 7

KOMMENTAR

Hochwürden ist tot

Das Buch beginnt mit einem Kapitel, überschrieben «Hochwürden ist tot». Es endet voller Hoffnung auf den Priester einer neuen Zeit. Und das Buch heisst schlicht und einfach «Die Priester». — Sein Verfasser: sechs- und dreissigjährig, französischer Journalist, lange Zeit Chefreporter der Zeitung «La Croix» und heute Leiter der Monatszeitschrift «Panorama chrétien». Dieser Jacques Duquesne ist also an verantwortlicher Stelle in der kirchlichen Pressearbeit tätig und kennt die Kirche, kennt ihre Probleme. Er legt uns in seinem Buch (Unterteilung: Struktur — Krise — Erneuerung) eine Analyse vor, die spannend geschrieben, unwiderlegbar fundiert, in der Schilderung der heutigen Zustände schonungslos, im Blick auf die Zukunft hoffnungsvoll ist. — Die Struktur der Kirche, stellt er fest, entsprach der Wirklichkeit des letzten Jahrhunderts: Für das Wirken des Priesters war es gut, hochwürdig zu sein. Alle Einflüsse von gestern waren Würdenträger, gehörten dem Stand der Leitenden und Besitzenden an. Die Dorfgemeinde hatte einen hierarchisch-ständischen Aufbau. Heute aber ist die Hochwürdigkeit des Priesters in den Industriezentren zum Glashaas geworden, in der die Geistlichkeit mit einer Museums-Glorie sitzt. Was ihr gestern den Einfluss auf die Menschen schenkte, nimmt ihr diesen heute. Denn die Menschen, welche je nach Angebot von Arbeit und Wohnung herumziehen, gehören nicht mehr durch lokales Beisammensein auch innerlich zusammen. Die Kirche aber arbeitet noch mit den Ortsgemeinden, die hohle Begriffe wurden. Andere Bindungen sind heute wichtig. — Die Krise der Kirche spürt man, wenn sie auch nicht in ihrem Wesen erfasst wurde. Krisenzeichen sind Arbeiterpriester und Strassenprediger, Schlagersänger und Fernsehstars aus Priesterkreisen. Man will die Gefahr parieren. Aber die verzweifelten Versuche im Alleingang, deren Zeugen wir sind, können höchstens Pflasterchen sein, welche die klaffendsten Wunden spärlich verdecken. Die Krise frisst unterdessen weiter: Viele Priester verwalten resigniert die Sakramente in unmöglichen Grossstadtdörfern und nehmen es ergeben hin, unter unangemessenen Bedingungen einen bitter nötigen Dienst tun zu müssen. Untauglich ist die Form der Gemeinden, unmöglich die «Laufbahn» der Geistlichen (vom Kaplan als Hilfe eines Priesters über die Landpfarrer zur Stadtgemeinde). Andere suchen zu fliehen: Auf dem Lande bleiben, wo die Struktur der Kirche noch notdürftig mit der Wirklichkeit übereinstimmt! Viele wiederum spüren die Krise und entscheiden sich gegen den Priesterberuf: Die Priester haben zu wenig Nachwuchs. — Die Erneuerung aber lässt sich in den Anfängen schon spüren: Es entstehen Gemeinschaften soziologischer Art: Gemeinden unverheirateter Frauen oder von Eltern schwachbegabter Kinder. Jugendgemeinden und Männerkreise, Katholiken einer Fabrik oder einer Baustelle verwachsen zur Pfarre von morgen. Studentenpfarrämter und Spitalseelsorge sind längst bewährte Institutionen, welche in diese Richtung weisen. In der Welt von heute wie von morgen sind die ernsthaften Christen eine Minderheit. Diese Minderheit muss Partner der unkirchlichen Mehrheit werden. Fazit von Duquesne: Hochwürden ist tot, es lebe der Priester des Dialoges. Eine neue Kirche entsteht aus der Krankheit, welche die alte heute durchleiden muss. — Unbedingt anschaffen und (in guter Übersetzung!) lesen: Jacques Duquesne, «Die Priester», Molden-Verlag. (pfm)

Alpenschutz: Gesetzesvorlage überzeugt

Nach der öffentlichen Orientierungsversammlung zur Abstimmungsvorlage über das Alpenschutzgesetz im Gemeindefaal Balzers

Vor über 200 Personen fand am Donnerstagabend im Gemeindefaal Balzers eine weitere öffentliche Orientierungsversammlung über die Abstimmungsvorlage zum Alpenschutzgesetz statt. Gemeindevorsteher Emanuel Vogt, der die Versammlung leitete, begrüßte als Referenten die Herren Landtagspräsident Dr. Alexander Frick, Landtagsvizepräsident Dr. Franz Nägele, Regierungschef Dr. Gerard Batliner und Vize-Regierungschef Dr. A. Hilbe.

Im Verlaufe der einleitenden Referate und in den nachfolgenden Diskussionen traten sowohl der Landtagspräsident wie der Regierungschef erneut mit überzeugenden Worten für die Abstimmungsvorlage ein. Beide Referenten erläuterten erneut den umstrittenen Artikel 1, wobei einmal mehr allen Zuhörern klar werden musste, dass das Mitbestimmungsrecht der Gemeinden und Alpengenossenschaften in der zur Debatte stehenden Vorlage vollumfänglich gewahrt bleibt. Diese Tatsache, die durch den Kommissionsbericht des Landtages vom Dezember 1965 und den Verordnungsentwurf der Fürstl. Regierung unwiderlegbar feststeht, wurde in der nachfolgenden Diskussion namentlich auch von Regierungsrat Dr. Gregor Steger und Landtagsabgeordneten Dr. Peter Marxer dargelegt.

Der Landtagsvizepräsident, Dr. Franz Nägele, knüpfte an seine Ausführungen vom 6. Dezember (an der Schaaner Orientierungsversammlung) an und bestätigte erneut, dass die Vorlage grundsätzlich von beiden Fraktionen bejaht worden ist.

Während die Art. 2 bis 22 sowohl von den Abgeordneten der Bürgerpartei, wie auch von jenen der Union einstimmig angenommen worden seien, habe lediglich der Art. 1 Anlass zu Diskussionen gegeben. Wie in Schaan, bedauerte Landtagsvizepräsident Dr. Franz Nägele auch in Balzers, dass die ganze Sache an den Worten «anhören» und «einvernehmen» hängen geblieben sei. — Dr. Franz Nägele wiederholte im Verlaufe des Abends die «feierliche Erklärung» im Namen der Fraktion der Vaterländischen Union, wie sie schon in Schaan formuliert wurde: «Dass wir alles versuchen werden, das Berglandplanungsgesetz mit dem Gedanken, wie wir es geplant haben, d.h. im Einvernehmen mit den Gemeinden zu verwirklichen...»

Mit anderen Worten: Der Landtagsvizepräsident hat seine Meinung zur Berglandplanung nicht geändert. Er sprach sich auch in Balzers für die Vorlage in ihrer heutigen Form aus, wobei er als Alternative zum umstrittenen Artikel 1 die Formulierung der Union anbietet, die aber aufgrund der Darlegung des Begriffes «an-

hören» ohnehin gegenstandslos geworden ist. Die Erläuterungen des Begriffes «anhören» im Artikel 1 der Vorlage haben unzweifelhaft ergeben, dass das Mitspracherecht der Gemeinden und Alpengenossenschaften im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Zonenplans voll gewährleistet ist.

Es ist bekannt, dass die Definition des Begriffes «anhören», wie sie der Verordnungsentwurf der Regierung enthält, nicht neu ist. Die Umschreibung dieses Begriffes, die auf ein klares Mitbestimmungsrecht der Gemeinden hinausläuft, wurde schon vom Landtag selbst, und zwar im Dezember 1965 (Kommissionsbericht) verbindlich festgehalten.

Nach der Versammlung in Schaan, die völlige Klarheit in dieser Frage brachte, haben die Einwände der Union tatsächlich ihre Basis verloren. Wie der Landtagsvizepräsident dort richtig feststellte, geht es noch um einen Streit um Worte. Nachdem er in Schaan ebenfalls selbst feststellte, dass der Gegenvorschlag der Union teilweise «noch weiter gehe» als die vom Landtag verabschiedete Vorlage, dürfte der Streitpunkt um den Art. 1 bereinigt sein. —

Die Balzner Orientierungsversammlung brachte indessen das erstmalige Auftreten von Vize-Regierungschef Dr. Alfred Hilbe im Rahmen dieses Abstimmungskampfes. Zum Thema Berglandplanung bzw. zur Abstimmungsvorlage erklärte sich Dr. A. Hilbe mit der Fraktion der Vaterländischen Union (und damit mit den Ausführungen des Landtagspräsidenten) solidarisch. Dr. Alfred Hilbe ging dann zu einem völlig anderen Thema, zur Talplanung, über, die in das Ressort des Regierungschef-Stellvertreters fällt. Dr. Hilbe setzte sich dabei vorwiegend mit einer Erklärung von Regierungschef Dr. Gerard Batliner auseinander, die dieser in Schaan (am 6. Dezember) abgegeben hatte und in Balzers mit folgenden markanten Sätzen wiederholte:

«Ich bin für die Gleichbehandlung von Gleichem und Ungleichbehandlung von Ungleichem. Wenn die Situation im Bergland anders ist als im Tal, müssen wir gerechterweise das Tal auch anders behandeln als das Alpengebiet. Und die Situation im Tal ist anders als im Alpengebiet. Im Alpengebiet tritt der Schutz in den Vordergrund und im Tal die Einteilung der Nutzung. — Ich bin deshalb dagegen, dass man im Tal die gleiche Nutzungsordnung wie in den Alpen macht, dass wir die Bauzonen machen, dass wir alle Details regeln. — Ich bin dagegen, dass wir den Gemeinden vorschreiben: Hier muss die Strasse durchgehen usw. — Ich bin dagegen,

dass wir zum Beispiel dem Collegium Marlanum vorschreiben, ob es in Vaduz oder in Schaan gebaut werden soll. Alle diese Fragen müssen miteinander ausgehandelt werden. Das sind nicht Dinge, die man einfach mit Gesetz vorschreiben kann!»

Vizeregierungschef Dr. Alfred Hilbe ging bei seinen Ausführungen, die sich mit der vorstehenden Erklärung des Regierungschefs auseinandersetzen, von einem Gesetzesvorentwurf aus, der von ihm bis jetzt weder (als Ressortinhaber Talplanung) den Regierungsmitgliedern vorgelegt, noch je von der Kollegialregierung in Behandlung gezogen worden ist. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Alfred Hilbe schloss seine Ausführungen dazu wörtlich:

«Wenn im Bergland für Regierungskompetenz und im Tal für Gemeindeautonomie gekämpft wird, so kann ich (dem Alpenschutzgesetz) nur ein klares Nein entgegensetzen.»

Der Stimmbürger, der diese Worte vernimmt, muss überrascht sein. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Regierungschef-Stellvertreter aufgrund seiner eigenen, vorstehend zitierten Ausführungen für eine zentralistische Talplanung, die allein in den Händen der Regierung zusammengefasst ist, eintritt. Dr. Hilbe stellt sich damit in einen klaren Gegensatz zur Auffassung des Regierungschefs, wonach die Verhältnisse im Tal anders liegen, als in den Alpen und deshalb auch eine andere Behandlung erfordern.

Alles in allem: Die Balzner Orientierungsversammlung, die von Gemeindevorsteher Emanuel Vogt erst gegen Mitternacht mit dem Dank an alle Anwesenden geschlossen wurde, zeigte einmal mehr, dass die von den Befürwortern der Abstimmungsvorlage dargelegten Argumente überzeugen! Untersucht man die wortreichen Einwendungen der Gesetzesgegner, so bestätigt sich die Auffassung des Stimmbürgers immer deutlicher: Das ganze ist tatsächlich nichts mehr anderes als ein Streit um Worte!

WIR ZITIEREN

«Tages-Anzeiger» Zürich — 12. Januar 1967

Liechtenstein will die Alpen schützen

«Am übernächsten Wochenende haben sich die Stimmbürger des Landes Liechtenstein über Annahme oder Verwerfung des Gesetzes zum Schutz des Alpengebietes an der Urne zu entscheiden. Das Gesetz bezweckt in erster Linie

notiert und kommentiert...

China: Psychopathologie der Macht

Einer der unglaublichesten Widersprüche in der Welt ist es immer noch, dass jeder gewöhnlich Sterbliche, wenn er sich an das Steuerrad eines Automobils setzen will, einen Führerschein braucht, der nur nach einem bestandenen Examen abgegeben und bei gewissen, schweren Verstößen gegen die Verkehrsregelung sofort wieder entzogen wird, während es auch heute noch — wie zu Neros Zeiten — durchaus möglich ist, das Steuerrad der Staatsmacht in vielen Ländern nach Belieben in jeder Richtung zu drehen, ohne dass auch nur im geringsten eine Gewähr dafür bestünde, dass der «starke Mann» am Steuer bei Sinnen ist! Während also doch immerhin im täglichen Strassenverkehr gewisse rudimentäre Garantien geschaffen worden sind, dass ein Verrückter oder Betrunkener an die Gänge der Polizei prallt und eventuell im Gefängnis landet, bevor er andere Verkehrsteilnehmer ins Spital oder ins Grab befördert hat, ist paradoxerweise im-

mer noch möglich, dass irgend ein geistesgestörter Potentat Hunderttausende, ja sogar Millionen von Menschen sinnlos und nutzlos in den Tod jagen kann, ohne dass ihm vor einem solchen politischen oder militärischen Amoklauf die tödlichen Attribute der Allgewalt aus den irren fuchtelnden Händen gewunden werden können. Wie hat Stalin gewütet unter seinen selbst treuesten Weggefährten und Genossen? Was hat Hitler alles angestellt, angefangen vom Mord an Röhm bis zu den Hekatomben von Opfern in den Konzentrationslagern? Und selbst als es nicht nur allen psychiatrisch geschulten Medizinern längst klar war, dass in der Person von Stalin und in der Person von Hitler das Syndrom eines pathologischen Machtrausches und einer paranoiden Zerstörungswut am Werke war, sondern als selbst eine grosse Mehrheit der Menschen unter ihrer Macht diesen schrecklichen Tatbestand fühlten oder ahnten, konnte der Lauf des Schicksals nicht mehr geändert werden, bis es seinen blutigen Weg zu Ende gegangen war.

An demselben Syndrom einer progressiven Geistesstörung, induziert durch das persönliche Erlebnis unbeschränkter Macht und der korre-

laten Angst vor dem eigenen Gewissen und vor der Rache der Gepeinigten und vor ständigen Verschwörungen, scheint in diesen Tagen der Diktator der sogenannten Volksrepublik China zu leiden. Mao Tse-Tung geht mit der Entfesselung einer «Revolution innerhalb der Revolution» mit den Taten und Untaten seiner völlig ausser Rand und Band geratenen «Roten Garde» einen Weg, der nur allzu vertraut erscheint. Nachdem er, wie das zum Bild dieser spezifischen Geistesstörung gehört, jedes Vertrauen in seine ihm umgebenden Mitarbeiter eingebüsst hat, verfiel er auf die Idee, die Unrast und Abenteuerlust von Minderjährigen und Halbstarcken zu mobilisieren und mit ihnen eine neue Spielform des politischen Terrors zu entfesseln, von welchem man noch gar nicht wissen kann, wohin er letzten Endes führen wird. Seine engsten Mitarbeiter lässt Mao Tse-Tung jetzt in Maueranschlägen als «Veräter» und «Schweine» titulieren, durch die Strassen schleifen und in jeder möglichen und unmöglichen Form demütigen und in den Kerker werfen. Leute, die gestern noch in Peking neben ihm auf der Empore die Mai-Parade abnamen und als die «grossen Führer der chine-